

June 15, 1995

German Bundestag, 12th Legislative Period, 'Printed Matter 12/5116--Resolution Recommendation and Report of the Foreign Relations Committee (3rd Committee)'

Citation:

"German Bundestag, 12th Legislative Period, 'Printed Matter 12/5116--Resolution Recommendation and Report of the Foreign Relations Committee (3rd Committee)'", June 15, 1995, Wilson Center Digital Archive, Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode. Drucksache 12/5116, 15.06.93. Contributed to NPIHP by Michal Onderco. <https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/177633>

Summary:

Resolution for the extension of the Non-proliferation Treaty and setting goals for NPT policy.

Credits:

This document was made possible with support from Carnegie Corporation of New York (CCNY)

Original Language:

English

Contents:

Original Scan
Translation - English

Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/5116

15. 06. 93

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Verheugen, Katrin Fuchs (Verl),
Robert Antretter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
— Drucksache 12/3099 —

Nichtverbreitung von Kernwaffen

A. Problem

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts, der Auflösung der Sowjetunion und den Erfahrungen des Golfkrieges sind die internationalen Bemühungen um die Nichtverbreitung von Kernwaffen in eine neue politische und wissenschaftliche Phase getreten.

B. Lösung

Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1970 und das mit ihm geschaffene System haben zwar das Entstehen einer größeren Zahl neuer Atomkräfte verhindert, doch wird die Überprüfungskonferenz im Jahre 1995 eine Verlängerung und Verbesserung des NVV-Systems erreichen müssen, da es keine realistische Alternative zu einer international vereinbarten, garantierten und kontrollierten, weltweit gültigen Politik der Nichtverbreitung von Kern- und andern Massenvernichtungswaffen gibt.

Einstimmige Annahme im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Bundesrepublik Deutschland wird sich an der Abrüstungshilfe durch finanzielle Unterstützung und Bereitstellung von Know-how beteiligen. Sie muß — notfalls durch Umschichtungen im Bundeshaushalt — die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

dem Antrag — Drucksache 12/3099 — in der nachstehenden Fassung zuzustimmen:

1. Die internationalen Bemühungen um die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die ihren deutlichsten Niederschlag im Nicht-Verbreitungs-Vertrag (NVV) von 1970 gefunden haben, sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach den Erfahrungen des Golfkrieges in eine neue Ära eingetreten. Eine Bilanz zeigt, daß das NVV-System tatsächlich das Entstehen einer größeren Zahl neuer Atomwaffenstaaten verhindert hat. In jüngster Zeit gibt es Fortschritte hinsichtlich des Geltungsbereichs des NVV (Südafrika, Frankreich, China), hinsichtlich der regionalen Kooperation (Südamerika) und hinsichtlich der Verschärfung von Exportkontrollen (Bundesrepublik Deutschland).
2. Die Vertragsparteien haben sich in Artikel VI NVV zu wirksamen Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung verpflichtet. Mit dem INF-Abkommen sowie der Abrüstung der landgestützten atomaren Kurzstreckensysteme sind bzw. werden vollständige Waffenkategorien amerikanischer und russischer Nuklearsysteme beseitigt; mit den START-Abkommen, wenn sie in Kraft treten und implementiert werden, werden die strategischen Potentiale der USA und Rußlands um zwei Drittel reduziert. Dieser Fortschritt ist sehr zu begrüßen. Dennoch muß die nukleare Abrüstung weitergehen; die anderen Kernwaffenstaaten müssen in diesen Prozeß einbezogen werden, um somit zur nachhaltigen Stärkung des NVV beizutragen. Die Kernwaffenstaaten bleiben aufgerufen, ein umfassendes Teststopp-Abkommen abzuschließen.
3. Auf der anderen Seite dürfen die Probleme bei der Weiterverbreitung von Kernwaffen nicht übersehen werden:
 - Das NVV-System konnte die Proliferation von Nukleartechnologie zu militärischen Zwecken wegen der proliferationsfreundlichen Exportstrategie einiger Lieferländer, wegen der unzureichenden Exportkontrolle in Lieferländern und wegen raffinierter Umgehungstaktiken von Empfänger- und Lieferländern aber nicht gänzlich verhindern. Neue De-facto-Atomwaffenstaaten sind entstanden, zahlreiche Länder haben den technologischen Standard längst erreicht, der sie zur Herstellung von Kernwaffen befähigen würde.
 - Die Golfkrise, aber auch die bekanntgewordene Kooperation von Lieferländern mit Staaten wie Indien, Pakistan, Iran, Irak, Nordkorea, Algerien, Syrien und Libyen haben gezeigt, daß gerade in politisch instabilen Regionen das Streben nach Massenvernichtungswaffen eher stärker geworden ist als schwächer. Daraus resultieren schwerste Gefahren für den Weltfrieden.

- Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat das Problem der in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gelagerten und stationierten Atomwaffen und der Zukunft des militärisch-industriellen Nuklearsektors der GUS aufgeworfen. Obwohl es bisher keine konkreten Beweise für die Proliferation von Kernwaffen oder Kernwaffen-Technologie bzw. für das erfolgreiche Anwerben der sowjetischen Nuklearwissenschaftler gibt, kann diese Gefahr nicht ausgeschlossen werden.
4. Es gibt keine realistische Alternative zu einer international vereinbarten und kontrollierten, weltweit gültigen Politik der Nichtverbreitung von Kernwaffen. Ziel der NVV-Überprüfungskonferenz im Jahr 1995 muß die unbefristete und unkonditionierte Verlängerung des NVV sein. Eine Verbesserung und Stärkung des NVV läßt sich durch eine Verbesserung der Regime, die um den NVV bestehen, erreichen.

Raketenabwehr ist keine Alternative zur Politik der Nichtverbreitung von Kernwaffen. In diesem Zusammenhang fordert der Deutsche Bundestag die Regierung Nordkoreas auf, die Aufkündigung des NVV zurückzuziehen und internationale Inspektionen seiner Anlagen zuzulassen. Um den Beitritt weiterer Staaten zum NVV muß geworben werden. Regionale Bemühungen um Nichtverbreitung von Kernwaffen sollten unterstützt werden, wenn sie den besonderen Gegebenheiten der betreffenden Region Rechnung tragen.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Ziele bei ihrer NVV-Politik zu verfolgen:

1. Reformen zur Stärkung der IAEO

Die Bundesregierung muß ihren Einfluß geltend machen, um die Kontrollmöglichkeiten der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien zu stärken. Dazu sollten gehören:

a) Vollständige Spaltstoff-Flußkontrolle

In die von der IAEO durchgeführten Spaltstoff-Flußkontrollen sind sämtliche zivilen Nuklearanlagen aller NV-Vertragsstaaten aufzunehmen. Die IAEO muß dementsprechend technisch und personell ausgebaut werden.

b) Erweiterte Inspektionsbefugnisse

Die Inspektionsrechte der IAEO müssen verstärkt werden. Insbesondere muß es der IAEO erlaubt sein, jederzeit Verdachtskontrollen durchzuführen. Sie muß auch das Recht haben, nicht deklarierte Anlagen zu inspizieren, wenn der Verdacht besteht, daß solche Anlagen zur Entwicklung oder Produktion von Atomwaffen dienen können. Zur Erfüllung dieser zusätzlichen Aufgaben muß die IAEO eine entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung erhalten.

c) Effektivierung des Kontrollregimes

Verbesserungen des Inspektionsregimes sollten überdacht und implementiert werden.

- So sollten sich die Kontrollen nicht nur auf den Brennstoffkreislauf, sondern auch auf Anlagen bzw. Anlagenteile beziehen.

- Der Ansatz für „signifikante Mengen“ kernwaffenfähiger Materialien kann niedriger festgelegt werden.
- Beim Bau atomarer Anlagen sollte eine Informationspflicht eingeführt werden. Die Kontrolle sollte spätestens mit der Fertigstellung der Anlage einsetzen.
- An weiteren technischen Verbesserungen der Safeguards-Methoden muß gearbeitet werden, wie es der Fall ist beim deutschen Safeguards-Unterstützungsprogramm, dessen finanzielle Ausstattung weiterhin gesichert werden muß.

d) Schaffung regionaler Kontrollsysteme

Die Schaffung regionaler Einrichtungen, die im Auftrag und unter den Richtlinien der IAEO Inspektionen vornehmen, ist zu fördern. Für die EG kann EURATOM, die ohnehin die Anlagen in der EG überwacht, die IAEO-Aufgaben wahrnehmen und auf diese Weise finanzielle und personelle Kapazitäten der IAEO für Aufgaben in anderen Regionen freisetzen.

e) Nationale Selbstverpflichtungen und Selbstbeschränkungen

Als Arbeitserleichterung für die IAEO können nationale Selbstverpflichtungen dienen, die das Safeguard-Regime stärken:

- Bereitschaftserklärung zu Sonderinspektionen,
- Konsultationszusicherung beim Anlagenbau,
- Bereitschaftserklärung zur generellen Zulassung vor Ort residierender Inspektoren,
- Zusicherung von Kernwaffenstaaten zum umfassenden Einbezug des zivilen Brennstoffkreislaufs und militärischer Nuklear-Aktivitäten in das Inspektionsregime.

Die Kernanlagenbetreiber sollten angehalten werden, soweit technisch möglich, auf den Gebrauch von hochangereichertem Uran (HEU) in Forschungsreaktoren zu verzichten.

2. Internationale Kontrolle der Entsorgung

Die Entsorgung ziviler und militärischer Atomanlagen soll ebenfalls von der IAEO überwacht und nach international vereinbarten Verfahren betrieben werden. Die im Fall der Demobilisierung von Atomwaffen freiwerdenden Spaltstoffe sind unter internationaler Kontrolle zu entsorgen bzw. der IAEO zur kontrollierten Lagerung zu übergeben.

International kontrollierte Lagerung kann nur einen Übergang darstellen. Langfristig müssen neben den bereits bestehenden weitere Wege und Optionen für die Zerstörung bzw. Unbrauchbarmachung von Plutonium gefunden werden. Hierauf gerichtete Forschung ist zu unterstützen.

3. Unterstützung der nuklearen Abrüstung in der GUS

Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, den nuklearen Abrüstungsprozeß in der GUS intensiver zu unterstützen. Durch umfangreiche finanzielle Hilfen und Zurverfügungstellung von Know-how muß die von den GUS-Staaten Russische Föderation, Belorußland, Kasachstan und der Ukraine bekundete Bereit-

schaft zur Implementierung der nuklearen Abrüstung gestärkt werden.

Der Deutsche Bundestag begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die insbesondere von den USA, aber auch von anderen NATO-Partnern bereitgestellte Hilfe. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihren Mittelansatz für die 1993 erstmalig eingerichtete Abrüstungshilfe deutlich anzuheben — nötigenfalls durch Haushalts-Umschichtungen.

4. Exportkontrolle

Die nuklearen Lieferländer sollen einheitliche Standards bei der Exportkontrolle anwenden. Es ist anzustreben, daß alle Staaten fullscope-safeguards einschließlich strafrechtlicher Sanktionen verbindlich beschließen.

Die nuklearen Lieferländer richten eine Exportkontroll-Agentur ein, der sämtliche Proliferationsvorgänge einschließlich aller Lieferwünsche gemeldet werden. Für eine effektive Kontrolle werden die erforderlichen Gremien gebildet.

In das Export-Kontroll-System sind die Trägermittel einzubeziehen. Die Genehmigungs- und Ermittlungsbehörden der Lieferländer tauschen ihre Erkenntnisse über Proliferationsvorgänge aus.

Lieferländer und Empfängerländer informieren die IAEO vor der Ausfuhr bzw. Einfuhr von Spaltstoffen.

Neue Lieferländer müssen in das Exportkontroll-System einbezogen werden. Sie müssen ebenfalls full-scope-safeguards anwenden.

5. Einbeziehung von dual-use-Gütern

Dual-use-Güter sind in das internationale Kontrollsystem einzu beziehen. Das Mandat zur Inspektion soll die IAEO erhalten, Verdachts- und Sonderinspektionen sind auch für diesen Bereich vorzusehen. Die früheren RGW-Staaten sind in das Exportkontrollregime bei dual-use-Gütern zu integrieren. Diesen Ländern ist beim Aufbau von Exportkontrollorganen Hilfe zu leisten. Die Verifikation von dual-use-Gütern im nichtnuklearen Bereich insbesondere von Komponenten von Trägersystemen muß ermöglicht werden.

6. Sanktionen

Im Rahmen des NVV-Systems wird ein Sanktionsmechanismus entwickelt. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seiner Erklärung vom 31. Januar 1992 festgestellt, daß die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt. Staaten, die völkerrechtswidrig versuchen, Nuklearwaffen zu erwerben oder herzustellen, müssen deshalb mit Sanktionen belegt werden. Dazu gilt es, die Rolle des VN-Sicherheitsrates zu stärken.

Der Generalsekretär der IAEO muß in die Lage versetzt werden, den Sicherheitsrat frühzeitig auf Proliferationsvorgänge hinzuweisen. Zu diesem Zwecke sollten Absprachen über den Austausch geheimdienstlicher Informationen getroffen werden.

Sanktionen sollen verhängt werden können

- gegen Firmen, die die gültigen Normen verletzen. Ihnen ist der Zugang zu allen Exportmärkten zu verwehren;
- gegen Lieferländer, die ihre Verpflichtungen zur Einhaltung von full-scope-safeguards oder ihre Informationspflicht nicht erfüllen;
- gegen Empfängerländer, die sich illegal Nuklearmaterial verschaffen.

7. Transfer-Register und Gutachterstelle

Die Bundesregierung möge sich für die Einrichtung eines Transfer-Registers in den Vereinten Nationen einsetzen, das sämtliche Transfervorgänge einschließlich des dual-use-Bereichs und einschließlich aller Lieferanfragen umfaßt. Die Vereinten Nationen richten außerdem eine Gutachterstelle ein, die in schwer entscheidbaren Fällen herangezogen werden kann und in der Vertreter von Lieferländern und Vertreter von Nicht-Lieferländern zusammenarbeiten.

8. Allgemeiner Teststopp

Die Bemühungen um den Abschluß eines umfassenden Atom-Teststopp-Vertrages sind zu verstärken. Ein solcher Vertrag ist eine entscheidende Voraussetzung für die Bereitschaft vieler Länder, das bisherige NV-System fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Die Genfer Abrüstungskonferenz sollte möglichst bald ein Mandat für Verhandlungen über ein Teststopp-Abkommen erhalten.

9. Einbeziehung neuer Technologien

Neue waffenrelevante, nukleartechnologische Entwicklungen müssen schneller in internationale Kontrollkonzepte umgesetzt werden. Beschleunigeranlagen, die zur Produktion von hoch angereichertem Uran geeignet sind, müssen in die Kontrolle einbezogen werden. Proliferationsträchtige Technologien wie die Laseranreicherung und die Trägheitseinschlußfusion sollten einer kritischen Technologiefolgenabschätzung, die auch Kriterien der Sicherheits- und Abrüstungspolitik einbezieht, unterzogen werden.

10. Förderung alternativer Energieformen

Zur Stärkung des NVV-Systems sollte den Entwicklungsländern als Alternative zur Kernenergie der Zugang zu modernen, erneuerbaren Energietechnologien ermöglicht und erleichtert werden.

Bonn, den 12. Mai 1993

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Hans Stercken
Vorsitzender

Peter Kurt Würzbach
Berichterstatter

Katrin Fuchs (Verl)
Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Peter Kurt Würzbach, Katrin Fuchs (Verl) und Dr. Olaf Feldmann

In seiner 125. Sitzung der 12. Wahlperiode vom 27. November 1992 hat der Deutsche Bundestag den Antrag der Abgeordneten Günter Verheugen, Katrin Fuchs (Verl), Robert Antretter, Helmut Becker (Nienberge), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD — Drucksache 12/3099 — beraten und an den Auswärtigen Ausschuß federführend und dem Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle zur Vorbereitung seiner eigenen Beratungen um eine gutachtliche Stellungnahme gebeten.

Der Unterausschuß, der den Antrag in seiner Sitzung am 28. April 1993 beraten hat, empfahl dem federführenden Auswärtigen Ausschuß, den Antrag auf der Grundlage einer inzwischen gefundenen interfraktionellen Beschlußempfehlung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. anzunehmen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS/Linke Liste gefaßt.

Die Fraktion der SPD verlangte darüber hinaus im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle,

- daß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der nationalen Selbstverpflichtungen und Selbstbeschränkungen einseitig auf die Nutzung sensitiver Nukleartechnologien, insbesondere die Wiederaufarbeitung und die Plutoniumnutzung, verzichtet;
- daß eine Überwachung der Kernwaffenbestände sicherzustellen ist. Dabei ist anzustreben, daß die vorhandenen Bestände an Kernwaffen einschließlich der Trägermittel unter internationale Überwachung gestellt werden. Diese Aufgabe sollte eine neu zu errichtende Behörde im Bereich der Vereinten Nationen übernehmen. Auch die Vernichtung vorhandener Kernwaffen soll unter der Überwachung durch diese Behörde erfolgen. Alle Staaten, die über Kernwaffen verfügen, werden zur Deklaration ihrer Bestände verpflichtet;
- daß die Bundesregierung einen weltweiten Produktionsstopp für alle spaltbaren, waffenfähigen Nuklearmaterialien unterstützen muß. Der Produktionsstopp und seine Vertifikation sind im Rahmen eines internationalen Abkommens zu regeln;
- daß bei der Ausfuhrgenehmigung für Dual-Use-Güter eine Endverbleibskontrolle sicherzustellen ist;

— daß im Rahmen des NVV-Systems ein Fonds zur Förderung alternativer, erneuerbarer Energien gebildet wird.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag — Drucksache 12/3099 — in seiner 58. Sitzung am 12. Mai 1993 beraten und dem federführenden Auswärtigen Ausschuß empfohlen, diesen im Rahmen der Form der interfraktionellen Beschlußempfehlung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. vom 10. Mai 1993 mit einigen Änderungen, vornehmlich redaktioneller Art, anzunehmen.

Die Empfehlung wurde einstimmig, in Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS/Linke Liste, ausgesprochen. Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag — Drucksache 12/3099 — in seiner 69. Sitzung am 12. Mai 1993 abschließend beraten und dabei sowohl die interfraktionelle Beschlußempfehlung der CDU/CSU, SPD und F.D.P. vom 10. Mai 1993, die Stellungnahme des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses vom 28. April 1993 und das Votum des Verteidigungsausschusses vom 12. Mai 1993 berücksichtigt. Auf Verlangen des Berichterstatters der Fraktion der CDU/CSU ist der Nummer 4 Abs. 2 des vorliegenden interfraktionellen Textes noch folgender Satz eingefügt worden: „In diesem Zusammenhang fordert der Deutsche Bundestag die Regierung Nordkoreas auf, die Aufkündigung des NVV zurückzuziehen und internationale Inspektionen seiner Anlagen zuzulassen.“

In Nummer 3 des zweiten Teils der Beschlußempfehlung „Unterstützung der nuklearen Abrüstung in der GUS“ ist dem zweiten Satz folgende endgültige Form gegeben worden: „Durch umfangreiche finanzielle Hilfen und Zurverfügungstellung von Know-how muß die von den GUS-Staaten Russische Föderation „Belorußland, Kasachstan und der Ukraine bekundete Bereitschaft zur Implementierung der nuklearen Abrüstung gestärkt werden.“

Geändert wurden in diesem Fall auch die Nummern 4 und 5, die in der ursprünglichen Fassung der interfraktionellen Beschlußempfehlung folgenden Wortlaut hatten:

4. Exportkontrolle

„Die nuklearen Lieferländer sollen einheitliche Standards bei der Exportkontrolle anwenden. Es ist anzustreben, daß alle Staaten fullscope-safeguards einschließlich strafrechtlicher Sanktionen verbindlich beschließen.

Die nuklearen Lieferländer richten eine Exportkontroll-Agentur ein, der sämtliche Proliferations-

vorgänge einschließlich aller Lieferwünsche gemeldet werden. Die Agentur bildet einen Rat zur Exportkontrolle, dem Zweifelsfragen vorzulegen sind, und der in solchen Fragen eine Konsens-Entscheidung herbeiführt.

In das Export-Kontroll-System sind die Trägermittel einzubeziehen. Die Genehmigungs- und Ermittlungsbehörden der Lieferländer tauschen ihre Erkenntnisse über Proliferationsvorgänge aus.

Lieferländer und Empfängerländer informieren die IAEO vor der Ausfuhr bzw. Einfuhr von Spaltstoffen.

Neue Lieferländer müssen in das Exportkontroll-System einbezogen werden. Sie müssen ebenfalls full-scope-safeguards anwenden.

5. Einbeziehung von dual-use-Gütern

Dual-use-Güter sind in das internationale Kontrollsystem einzubeziehen. Das Mandat zur Inspektion soll die IAEO erhalten, Verdachts- und Sonderinspektionen sind auch für diesen Bereich vorzusehen. Die früheren RGW-Staaten sind in das Exportkontrollregime bei dual-use-Gütern zu integrieren. Diesen Ländern ist beim Aufbau von Exportkontrollorganen Hilfe zu leisten. Die Verifikation von dual-use-Gütern im nichtnuklearen Bereich muß ermöglicht werden.“

In Nummer 6 „Sanktionen“ wurde am Anfang des dritten Absatzes das Wort „internationale“ gestrichen.

Der vorgelegten Beschlußempfehlung hat der Auswärtige Ausschuß einstimmig — bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste — zugestimmt.

Bonn, den 12. Mai 1993

Peter Kurt Würzbach

Berichterstatter

Katrin Fuchs (Verl)

Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

German Bundestag
12th legislative period
Printed matter 12/5116
15.06.93

Resolution recommendation and report of the Foreign Relations Committee (3rd Committee)

To accompany the submission from representatives Günter Verheugen, Katrin Fucks (Verl [constituency]), Robert Antretter, other representatives, and the SPD faction
- printed matter 12/3099 -

Non-proliferation of nuclear weapons

A. Problem

After the breakup of the Warsaw Pact, the collapse of the Soviet Union, and the experiences of the Gulf War, international efforts for non-proliferation of nuclear weapons have entered a new political and scientific phase.

B. Solution

The Non-Proliferation Treaty of 1970 and the system it created have curtailed prevented a greater number of atomic powers from arising, but the Review Conference in 1995 will need to ensure an extension and improvement of this system, since there is no realistic alternative to an internationally united, guaranteed, and controlled policy of non-proliferation for nuclear and other weapons of mass destruction.

Unanimous approval in the committee

C. Alternatives

None

D. Costs

The Federal Republic of Germany will share disarmament assistance through financial support and provision of know-how. It must provide the necessary means-if need be, by re-allocation in the federal budget.

Recommended Resolution

The Bundestag is resolved,

to approve the following, in accordance with the submission-printed matter 12/3099:

1. International efforts toward the non-proliferation of nuclear weapons, which are most clearly manifested in the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT) of 1970, have entered a new era after the collapse of the Soviet Union and the experience of the Gulf War. A review of the record shows that the NPT has actually prevented the development of a large number of new states possessing atomic weapons. Recently there have been expansions in the NPT's participation (South Africa, France, China), in regional cooperation (South America), and in strengthening export controls (Federal Republic of Germany).
2. The treaty signatories have obliged themselves in Article IV of the NPT to effective measures toward the ending of the arms race and nuclear disarmament. With the INF Accord and the disarmament of land-based atomic short range systems whole weapons categories of American and Russian nuclear systems have been or will be eliminated. With the START Accord, if it enters into force and is implemented, the strategic potential of the USA and Russia will be reduced by two thirds. This progress is most welcome. But nuclear disarmament must go further; the other nuclear nations must be brought into this process in order to thereby contribute to the gradual strengthening of the NPT. The nuclear weapon states are still challenged to reach a comprehensive test ban accord.
3. On the other hand, the problems of nuclear weapons proliferation cannot be overlooked:
 - The NPT system was unable to fully prevent the proliferation of nuclear technology for military purposes because of the proliferation-friendly strategy of some supplier countries, because of insufficient export controls in supplier countries, and because

refined evasive tactics by recipient and supplier countries. New de facto nuclear weapons states have arisen, and numerous countries have ultimately reached the technological standard that allows them to achieve the production of nuclear weapons.

- The Gulf crisis, as well as the well-known cooperation of supply countries with states like India, Pakistan, Iran, Iraq, North Korea, Algeria, and Syria have shown that particularly in politically unstable regions, efforts to obtain weapons of mass destruction have been strengthened rather than weakened. This results in great danger for world peace.

- The collapse of the Soviet Union has created the problem of the atomic weapons stored and stationed in the successor states of the Soviet Union, and the future of the military-industrial nuclear sector of the CIS. Although there have not yet been any concrete examples of proliferation of nuclear weapons or nuclear weapons technology or successful recruitment of Soviet nuclear scientists, this danger cannot be precluded.

4. There can be no realistic alternatives to an internationally unified and controlled nuclear weapons non-proliferation policy with worldwide validity. The goal of the NPT Review Conference in 1995 must be an indefinite and unconditional extension of the NPT. An improvement and strengthening of the NPT can be achieved by improving the regime that support it.

Missile defense is no alternative to the policy of nuclear weapons non-proliferation. In this context the German Bundestag challenges the government of North Korea to withdraw its withdrawal of the NPT and accept international inspections of its facilities. The entry of additional states into the NPT must be promoted. Regional efforts for the non-proliferation of nuclear weapons should be supported, if they relate to the special circumstances of the region in question.

Therefore the German Bundestag challenges the Federal Government to pursue the following goals in its NPT policy:

1. Reforms to strengthen the IAEA

The Federal Government must use its influence to strengthen the oversight capability of the International Atomic Energy Agency in Vienna. This should include:

a) Full scale oversight over the fissile material cycle

In fissile material inspections carried out by the IAEA all civil nuclear facilities of NPT signatory states are to be included. The IAEA must be equipped accordingly in equipment and personnel.

b) Expanded inspections authority

The inspection rights of the IAEA must be strengthened. In particular, the IAEA must always be allowed to carry out inspections in suspicious cases. It must also have the right to inspect undeclared facilities if suspicion arises that such facilities could serve for the development of production of atomic weapons. In order to fulfill these additional tasks the IAEA must be provided for accordingly in terms of finances and personnel.

c) Improving effectiveness of the oversight regime

Improvements of the inspection regime should be considered and implemented.

- Controls should focus not just on the circulation of fuel, but also facilities and parts of facilities.

- The demand for "significant quantities" of nuclear weapons-capable materials can be decreased.

- A requirement to inform should be introduced for the building of atomic facilities. Controls over this should take effect no later than at the completion of the facility.

- Work must be done on further technical improvements of safeguards methods, as is the case in the German Safeguard Support Program, financial support for which must be secured for the future.

d) The creation of regional control systems

The creation of regional institutions that undertake inspections under orders and guidelines from the IAEA is to be encouraged. For the EC, EURATOM, which in any case monitors facilities in the EC, can carry out the IAEA's tasks and thus free up IAEA capacity for tasks in other regions.

e) National voluntary commitments and restraints

National self-obligation can serve to ease the work of the IAEA and strengthen the safeguard regime:

- Declaration of preparedness for special inspections,
- Consolatory assertions during the construction of facilities,
- Declarations of preparedness for general authorizations of residential inspectors,
- Confirmation by nuclear weapon states of the comprehensive inclusion of civilian fuel circulation and military nuclear activities in the inspection regime.

The nuclear facility operators should be held, insofar as possible, to refraining from the use of highly enriched uranium (HEU) in research reactors.

2. International control of waste disposal

The disposal of waste from civil and military atomic facilities should likewise be monitored by the IAEA and carried out according to internationally agreed-upon procedures. Fissile materials made available by the demobilization of atomic weapons should be disposed of under international oversight or handed over to the IAEA for controlled storage.

Internationally controlled storage can only be seen as a temporary solution. In the long term ways and options for destroying plutonium or making it unusable must be found aside from those already available. Research in this area is to be supported.

3. Support of nuclear disarmament in the CIS.

The Federal Government should encourage more intense support for the nuclear disarmament process in the CIS. Through comprehensive financial assistance and provision of know-how, the manifest preparedness of the CIS states, the Russian Federation, Belarus, Kazakhstan, the Ukraine, to implement nuclear disarmament must be strengthened.

The German Bundestag welcomes in this context the assistance provided particularly by the USA as well as other NATO partners. The German Bundestag challenges the Federal Government to significantly raise its appropriation for first disarmament assistance in 1993-through budget revisions if necessary.

4. Export controls

The nuclear supply countries should apply consistent standards in export controls. It is desirable for all states to adopt full scope safeguards including obligatory punitive sanctions. The nuclear suppliers are instituting an export control agency, to which all proliferation instances including all supply requests will be communicated. The necessary committees for effective control will be formed.

Weapons delivery systems are to be considered in the export control system. The certification and investigation authorities in supplier countries are exchanging their knowledge about instances of proliferation.

Supplier countries and recipient countries inform the IAEA before the export or import of fissile materials.

New supplier must be included in the export control system. They must likewise apply full scope safeguards.

5. Inclusion of dual-use goods

Dual-use goods are to be included in the international control system. The IAEA should have the mandate to inspections, inspections for specific grounds, and special inspections are also to be considered in this area. Former CMEA states are to be integrated in the export control regime for dual-use goods. Assistance is to be provided to these countries in the construction of export control organs. The verification of dual-use goods in the non-nuclear area, particularly components of

weapons delivery systems, must be made possible.

6. Sanctions

In the framework of the NPT system a sanctions mechanism is being developed. The United Nations Security Council has determined in its declaration of January 31, 1992 that the proliferation of weapons of mass destruction represents a threat to world peace and international security. States that attempt to obtain or produce nuclear weapons in violation of international law must have sanctions applied to them. For this reason, it is appropriate for the UN Security Council's role to be strengthened.

The Secretary General of the IAEA must be in a position to alert the Security Council promptly about instances of proliferation. For this purpose agreements should be made about the exchange of intelligence.

Sanctions should be able to be levied:

- against companies that violate valid norms;
- against supplier countries that do not fulfill their obligations to uphold full scope safeguards or their notification obligations;
- against recipient countries that illegally obtain nuclear material

7. Transfer register and Panel of Experts

The Federal Government may encourage the establishment of a transfer register at the United Nations, which contains all transfers including the dual use area and all supply requests. The United Nations may also establish a Panel of Experts, who can be consulted in cases that are difficult to decide, and on which representatives from supplier countries and non-supplier countries collaborate.

8. General test ban

Efforts towards the conclusion of the Nuclear Test Ban Treaty are to be strengthened. Such a treaty is a crucial prerequisite for the readiness of many countries to continue and develop the existing non-proliferation regime. The Geneva-based Conference on Disarmament should be given a mandate for negotiations on a Test Ban Treaty as soon as possible.

9. Inclusion of new technologies

New weapons-related developments in nuclear technology must be implemented more rapidly in international control concepts. Acceleration facilities intended for the production of highly enriched uranium must be included in oversight. Technologies facilitating proliferation like laser enrichment and inertial confinement fusion should be subjected to a critical technical assessment, which also includes security and disarmament policy.

10. Encouragement of alternative energy forms

For the strengthening of the NPT system, access to modern renewable energy technologies as an alternative to nuclear should be facilitated and made easier.

Bonn, May 12th, 1993

The Foreign Relations Committee

Dr. Hans Stercker

Chair

Peter Kurt Würzbach

Report Author

Katrin Fuchs (Verl [Constituency])

Report Author

Dr. Olaf Feldmann

Report Author

Report from representatives

Peter Kurt Würzbach, Katrin Fuchs (Verl), and Dr. Olaf Feldmann

In its 125th session of the 12 legislative period on November 27th, 1992, the German

Bundestag discussed the report from representatives Günter Verheugen, Katrin Fuchs (Verl), Robert Antretter, Helmut Becker (Nienberge), other representatives, and the SPD faction-Printed Matter 12/3099-and delegated it to the Foreign Relations Committee as lead committee, with the Defense Committee as auxiliary.

The Foreign Relations Committee requested its sub-committee on disarmament and arms control to prepare its own advice and an expert position.

The subcommittee, which discussed the report in its session on April 28, 1993, recommended for the leading Foreign Relations Committee to accept the report on the basis of a multi-party resolution recommendation by the CDU/CSU, SPD, and FDP. The resolution passed with votes from the CDU/CSU, SPD, and FDP and abstentions from the Alliance 90/Green Party and PDS/Left List groups.

The SPD faction demanded moreover in the subcommittee for disarmament and arms controls:

- That the Federal Republic of Germany unilaterally refrain from the use of sensitive nuclear technologies, particularly the reprocessing and the use of plutonium, under the framework of self-restraint and self-obligation;
- That oversight of nuclear weapon stockpiles must be ensured. These efforts should include placing existing stockpiles of nuclear weapons, including weapons delivery systems, under international oversight. A new agency to be established under the United Nations should take over this task. The destruction of existing nuclear weapons should be accomplished under the oversight of this agency. All states that possess nuclear weapons will be obligated to make declarations about their stockpiles;
- That the Federal Government must support a worldwide ban to the production of all fissile weapons-grade nuclear materials. The production ban and its verification are to be regulated under the framework of an international treaty;
- That export licenses for dual-use goods must ensure oversight of their final use;
- That a foundation for the encouragement of alternative renewable energy is developed under the framework of the NPT system.

The Defense Committee discussed the report- Printed Matter 12/3099 - in its 58th session on May 12, 1993 and recommended to the leading Foreign Relations Committee that it accept it with some amendments, largely of an editorial nature, in a multi-party resolution from the CDU/CSU, SPD, and FDP dated May 10, 1993. The recommendation was made unanimously with abstentions from the Alliance 90/Greens and PDS/Left List groups. The leading Foreign Relations Committee conclusively discussed the report - Printed Matter 12/3099 - at its 69th session on May 12, 1993, while also considering the multi-party resolution recommendation from the CDU/CSU, SPD, and FDP of May 10, 1993, the position paper from the Foreign Relations subcommittee for disarmament and arms control of April 28, 1993, and the Defense Committee's vote of May 12, 1993. Upon request by the report author of CDU/CSU faction, Point 4, para. 2 of the existing multi-party text was amended to insert "In this context the German Bundestag demands the government of North Korea to withdraw its withdrawal from the NPT and allow international inspectors into its facilities." In Point 3 of the second part of the resolution recommendation, "Support for Nuclear Disarmament in the CIS" the second sentence is given the following form: "Through comprehensive financial assistance and provision of know-how the manifest preparedness of the CIS states the Russian Federation, Belarus, Kazakhstan, and the Ukraine must be strengthened."

Points 4 and 5 were also changed in this instance, which contained the following language in the original draft of the multipartisan resolution recommendation:

"4. Export control

Nuclear supplier countries should apply consistent standards in export control. It is desirable that all states adopt obligatory full scope safeguards including punitive sanctions.

Nuclear supply countries are establishing an export control agency, which is notified with every proliferation instance including requests for supply. The agency is forming

a Council for Export Control to address questionable cases, which will make a decision on such cases based on consensus.

Weapons delivery systems are to be included in the export control system. The licensing and detection agencies of supply countries are exchanging their knowledge about proliferation instances. Supply countries and recipient countries will inform the IAEA before the exportation or importation of fissile materials.

New supply countries must be included in the export control system. They must likewise apply full scope safeguards.

5. Inclusion of dual-use goods

Dual-use goods are to be included in the international control system. The IAEA should have a mandate for inspection. It is also expected that this will entail special inspections in suspicious cases. The former CMEA states are to be integrated into the export control regime. Assistance is to be provided to these countries in construction export control organs. The verification of dual-use goods in the non-nuclear area must be made possible."

In Point 6 "Sanctions" the word "international" was removed from the beginning of the third paragraph.

The Foreign Relations Committee unanimously passed the submitted resolution recommendation with the abstention of representative from the PDS/Left List group.

Bonn May 12, 1993

Peter Kurt Würzbach

Report Author

Katrin Fuchs (Verl)

Report Author

Dr. Olaf Feldmann

Report Author